

# Sächsische Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1908. Nr. 436.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 201.

Zweite Ausgabe

Mittwoch, 16. September 1908.

Belegblätter für Halle u. Verone 2,50 Mt., durch die Post bezogen 3 Mt., für das Vierteljahr. Die halbjährige Bestellung beträgt 10 Mt., die jährliche 20 Mt. Die halbjährige Bestellung beträgt 10 Mt., die jährliche 20 Mt. Die halbjährige Bestellung beträgt 10 Mt., die jährliche 20 Mt.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87, Hinterhaus. Telefon Nr. 183; Redaktions-Zentrale 1272. King. Dr. Braunhans. Geschäftsleiter: Dr. Walter Schwenke in Halle a. S.

Belegblätter für die in Halle a. S. befindlichen Zeitungsstellen oder deren Namen f. Halle u. den Gaukreis 20 Mt., außerhalb 30 Mt., Resten am Schluß des Rechnungsjahres die Stelle 100 Mt. Einzel-Nummern 5. In Expeditionen in Halle a. S. u. bei allen bekannten Annoncen-Expeditoren.

Geschäftsstelle in Berlin: Defauerstraße 14. Telefon Amt VI Nr. 11 494. Druck und Verlag von Otto Zietze in Halle a. S.

### Reform der Arbeiterversicherung und Pensionsversicherung der Privatbeamten.

Ueber die Reform der Arbeiterversicherung und den Stand der gesetzgeberischen Arbeiten auf dem Gebiet des sozialen Versicherungswesens für die „Königl. Art. 3.“, daß die Arbeiten für die Vorbereitung der Reform der drei Arbeiterversicherungs-gesetze löstfertig gestellt worden sind, daß die betreffenden Gesetzentwürfe in der bevorstehenden Session an den Reichstag gelangen. Die Regierung legt Wert darauf, daß die Beratungen im Reichstage sobald wie möglich beginnen; sie wird eventuell, wenn sich die erste Beratung der Gesetzentwürfe bis zum Frühjahr hinziehen sollte, darauf bestehen, daß die Kommissionsberatungen mit dem Zollrat im Sommer fortgesetzt werden. Die Reform der Arbeiterversicherungs-gesetze soll gleichzeitig mit der Einführung der Witwen- und Waisenversicherung erfolgen. Es liegt der Reichsregierung daran, daß für die das Inkrafttreten dieser Versicherung im Zollratgesetz in Aussicht genommene Termin - 1. Januar 1910 - unter allen Umständen eingehalten wird. Was die Pensionsversicherung der Privatbeamten betrifft, so erwartet die Regierung zunächst noch die Mitäußerungen aus den Kreisen der Beteiligten. Sie ist aber grundsätzlich auch zur Einführung dieser Versicherung bereit und bearbeitet die Angelegenheit fortgesetzt weiter. Die Sozialversicherung des Deutschen Reiches ist gelegentlich des Beschlusses des englischen Handelsministers Lloyd George im Reichstag des Innern auch Gegenstand der Regierungsentwürfe, und dabei sind sowohl die kommende Witwen- und Waisenversicherung als die Pensionsversicherung der Privatbeamten mit erörtert worden. Die Gesamtaufwendungen der Beteiligten für die Sozialversicherung werden, nach den dem englischen Handelsminister mitgeteilten Zahlen, wenn die Witwen- und Waisenversicherung und die Pensionsversicherung eingeführt sein werden, im Jahre rund 1000 Millionen oder pro Tag rund drei Millionen Mark betragen.

### Arbeitslosenversicherung?

In einigen Blättern wird davon gesprochen, daß das Reichsamt des Innern sich unangenehm mit der Arbeitslosenversicherung beschäftigen, so daß die Vereinbarbeitung dieses noch gar nicht reiferen Versicherungsplanes in die allgemeine Versicherungsreform ins Auge gefaßt werde. Aus diesen Meldungen kann unwohlig etwas Wahres sein. Im Reichsamt des Innern hat man nach unermesslicher Ermühen reichlich damit zu tun, die vertriebenen bereits sprüchzähligen sozialpolitischen Pläne ins Werk zu setzen, so daß es befehliger Kraftverwendung gleich käme, wenn man immer neuen, gegenwärtig unmöglich zu verwirklichenden Plänen nachgehen wollte. Die Zeit, da die Regelung der Reichsangelegenheiten ohnedies höchstens Aufschub erfahren wird und da andererseits die grundsätzliche Forderung ausgesprochen worden ist, es solle bei den Anforderungen an die Reichsamt eine stärkere Erhebung zwischen Mindestunterstützung und Notwendigem vorgenommen werden, ist doch wahrlich nicht geeignet, den Mann einer Arbeitslosenversicherung ins Auge hinein zu proklamieren. Unsere Bevölkerung ist am und für sich schon durch das fortwährende sozialpolitische Ringen kaum beunruhigt genug, als daß man noch gar das ungeheure Projekt der Arbeitslosenversicherung als in der Ausführung begriffen auftraif an die Wand gemalt werden dürfte.

### Normale Schulbesuchsziffern.

In der Zeit 200 der „Preussischen Statistik“ finden wir eine ausführliche Statistik, die beweist, daß in den öffentlichen Volksschulen des preussischen Staates die Schulbesuchsziffern in immer steigendem Maße als normal angesehen werden können. Während nun im Jahre 1891 unter 100 Unterrichtsflächen in den Städten nur 76,30 normale Schulbesuchsziffern aufzuweisen hatten, stieg ihre Zahl 1896 auf 81,93, 1901 auf 85,32 und 1906 auf 92,91. Auf dem Lande gab es 1891 75,93, 1896 81,25, 1901 82,51 und 1906 85,83 normale Besuchsziffern je 100 Klassen. Bemerkenswert dabei ist, daß gerade die verbreitete Schwärze, die der einlässlichen Schule, die 1906 noch ein Drittel, auf dem Lande zwei Fünftel aller öffentlichen Schulen umfaßte, beschuldigungsfähig die meisten Klassen mit normalen Schulbesuchsziffern aufweist. Die Zahl der Schulkinder in den normal besuchten Klassen der öffentlichen Volksschulen belief sich 1906 auf 1 534 509 oder 88,29 v. S. der Gesamtzahl, während sie 1891 3 255 294 oder nur 60,21 v. S. betragen hatte. In diesem Jahre wurden aber ungefähr zwei Drittel aller Schulkinder in Klassen mit normaler Besuchsziffer eingeschult, und 1906 war ihr Anteil an der Gesamtzahl in den Städten bis auf neun Fünftel und auf dem Lande bis auf ungefähr vier Fünftel angewachsen. Die größte Zunahme auf dieser günstigen Entwicklung erfolgte in den Städten von 88,00 v. S. bis auf 90,09 v. S., und auf dem Lande, von 84,67 bis auf 75,06 v. S., haben die drei- und vierklassigen Schulen aufzuweisen. Doch ist die Anteilsziffer der in einlässlichen Schulen mit arbeitsunfähiger Besuchsziffer unter anderem Kinder im Jahre 1906 innerhalb der Städte 89,80 v. S., während sie sonst höher, auf dem Lande sogar eine noch weit höhere, nämlich 89,12 v. S., gegen 75,06 v. S., haben die drei- und vierklassigen Schulen aufzuweisen. Der Berlin ist es keine überflüssigen Klassen sind. Dies dürfte wohl vor allem, wie der günstige Zustand in anderen Großstädten, darauf zurückzuführen sein, daß hier zahlreich öffentliche höhere Lehranstalten, die noch dazu mit mehr

stärkeren Vorarbeiten verbunden sind, und eine Innenge der Schulen die Volksschulen wesentlich entlasten. Von den Landgemeinden weisen die Bezirke Potsdam, Straßburg und Rügen die günstigsten Verhältnisse auf, indem hier, wie in nur wenigen Städten, noch nicht v. S. der Schulkinder in überfüllten Klassen unterrichtet werden. Die ungünstigsten Verhältnisse finden sich bei den Landgemeinden der Regierungsbezirke Müritzer und Oppeln, wo die Gesamtzahl aller in normal besetzten Klassen verorteten Kinder 58,67 v. S. und 60,51 v. S. beträgt. Der ungünstige Zustand in diesen beiden Bezirken dürfte wohl darin begründet sein, daß in ihnen in der letzten Zeit ein plötzlicher Anstieg der Industrie stattgefunden hat, der die bisher sehr ländliche Bevölkerung zu Industriearbeitern mit fast ausschließlich armer Industriebelegschaft umgewandelt hat. Demgegenüber normalen Anwachsen einer innerstädtischen Bevölkerung kann die Schulveränderung naturgemäß nicht mit gleicher Schnelligkeit vorzunehmen, da einerseits erst die erforderlichen Bauten ausgeführt werden müssen und andererseits der Nachdruck an Volksschulkindern leider nicht ausreicht ist, um den Anforderungen zu genügen.

### Deutsches Reich.

\* Vom Kaiserpaar. Der Kaiser machte Montag nachmittag einen Spaziergang nach dem Marmorpalais, wo er bei den fröhlichen Besuchen über eine halbe Stunde verweilte und von wo er mit Ihrer Majestät im Automobil nach dem Neuen Palais zurückkehrte. — Nach der Abendstunde begab sich das Kaiserpaar im Automobil nach Berlin zum königlichen Schauspielhaus und zurück nach Potsdam. — Dienstag vormittag machten der Kaiser und seine Gemahlin einen Spaziergang in der Umgebung des Neuen Palais. Um 11 Uhr abends fuhr der Kaiser die Vorzüge des Chefs des Militärkabinetts, des Chefs des Admiralitäts- und des Chefs des Marinekabinetts und nahm um 12<sup>1/2</sup> Uhr die Meldungen des Generals der Kavallerie Prinzen Salm-Gorimar, des abberufenen kaiserlichen Militärattachés Obersten Majst. von und des zum Garde-Jäger-Battalion kommandierten Generals schweizerischen Hauptmanns Hug entgegen.

\* Bei der Reichstagswahl im Wahlkreis Speyer-Frankenthal-Ludwigshafen erhielten nach den bisherigen Ergebnissen Puhl (liberal) 12 607 und Binder (Sozialdemokrat) 21 837 Stimmen.

\* Amtliches Wahlergebnis. Bei der am 11. September stattgefundenen Reichstagswahl im Wahlkreis Speyer-Frankenthal-Ludwigshafen wurden insgesamt 24 837 gültige Stimmen abgegeben. Davon entfielen 12 607 Stimmen auf Puhl (liberal), 11 229 Stimmen auf Binder (Sozialdemokrat), 10 001 Stimmen auf die übrigen Kandidaten. Die Wahl wurde durch den Reichstagspräsidenten bestätigt.

\* Der „Einführungsgesetz“ befristet. Die neueste Nummer 24 des „Einführungsgesetzes“ wurde am Montag in Leipzig wegen eines Schreibens des Reichsministers des Innern (nach) 11 229, Maurer Riefe-Braunschweig (Soz.) 7190, Notar Dehrend-Braunschweig (Welfe) 6912 Stimmen; gesplittet waren drei Stimmen. Es hat also Stichwahl zwischen Riefe und Riefe stattgefunden.

\* Englische Sondermission und deutscher Freisig. In der Eröffnungsrede der Herbsttagung der Handelskammervereine in Cardiff, die am 15. d. stattfand, sagte der Präsident Lord Wainwright über die Beziehungen zwischen Deutschland und England: Wir müssen es beuamen, daß der Handel zwischen den beiden Ländern eine wichtige Rolle zu spielen hat. In der Gefühlsregung des Handels zwischen Deutschland und England wird, mit dem Ziel der freundschaftlichen Beziehungen zu leben wünschen. Wir dürfen hoffen, daß die Staatsmänner zu einem Einverständnis gelangen werden, das die auf beiden Seiten gemeinsame finanzielle Erleichterung ermöglicht. Lord Wainwright schloß mit Dank der letzten Äußerungen Kaiser Wilhelm's und ihrer freundschaftlichen Tendenz.

### Ausland.

\* Österreich-Ungarn. Kaiser Franz Josef ist Dienstag nachmittag zu den Mandauern in Welsprim (Ungarn) eingetroffen. Der Kaiser erweist sich der besten Gesundheit und wurde von der Bevölkerung stürmisch begrüßt. Den Mandauern wohnen auch ausländische Militärladungen bei. Die Landtage der Monarchie sind am 15. d. eröffnet worden. In der Gefühlsregung des Handels zwischen Deutschland und England wird, mit dem Ziel der freundschaftlichen Beziehungen zu leben wünschen. Wir dürfen hoffen, daß die Staatsmänner zu einem Einverständnis gelangen werden, das die auf beiden Seiten gemeinsame finanzielle Erleichterung ermöglicht. Lord Wainwright schloß mit Dank der letzten Äußerungen Kaiser Wilhelm's und ihrer freundschaftlichen Tendenz.

\* Venezuela. Die in Caracas am Dienstag meldet, berichtet ein Privatbrief aus Venezuela, daß die dortige Regierung das Verbot der Einschiffung für die nach Curacao reisenden Passagiere zurückgezogen habe.

Gesetzentwürfe betreffen die Erhöhung der Erbschaftsteuer und die allgemeine Einkommensteuer mit einer Ergänzungsteuer auf Kapital. Zur Bekämpfung des Defizits des Rechnungsjahres wird die Erhöhung eines Zuschlags-Zehntens auf die Einkommensteuer und die Vermehrung der Verbrauchsteuer auf Alkohol angeordnet. Der Versuch des Generalgouverneurs von Indien in Belgien die dortige Lage klar erkennen und zeigen den Weg zu einer dauernden Pazifizierung des Landes.

\* Dänemark. Der ehemalige Justizminister Albert meint noch in dieser Woche die genaue Darstellung seiner Untersuchungen beenden zu können. Die Ermittlung weiterer gefälschter Depositionen ist konstatiert worden, jedoch meint man, daß dadurch keine nützlichen Ergebnisse erzielt werden können. Interessant ist die Mitteilung, Albert habe sich energisch nach dem Abgeben des Finanzministers Lassen bemüht, dessen Portfeuille zu übernehmen, was jedoch befristet mißlang. Der jetzige Finanzminister Neergaard, ein ausgeprägter Gegner Alberts, hat nach der „Frankf. Ztg.“ erklärt, er habe wohl gewillt, daß Albert eine unumkehrbare Verantwortlichkeit sei und habe deshalb erst nach der Abankung Alberts ein Ministerium übernehmen wollen.

\* Der russische Minister des Äußeren Jewostki ist Dienstag vormittag in Begleitung des Fürsten Denikow von Prag nach Budweis abgereist.

\* Großbritannien. Das Dienstag abend in London erschienene Amtsblatt veröffentlicht sehr ins einzelne gehende Vorschriften des Zollverwaltungsamtes für die Einfuhr und Untersuchung ausländischer Fleischwaren.

\* Vorkriegs. In den letzten Tagen landete in den Städten Nord-Preußen der Text eines angeblich von Hlemas an den Großherzog von Baden gerichteten Briefes, in dem darauf hingewiesen wird, daß die Erhaltung des Islams und des Staates auf der Verfassung beruhe. In dieser Hinsicht hätte die Türkei eine Verfassung eingeführt. Im Iran jedoch hätten die verfassungsmäßigen Grundlagen, trotzdem sie von dem vertriebenen Schah gebilligt worden seien, einen nützlichen Wert erhalten. Der Grund dafür liege in den Sandlungen eigenmächtiger Personen, die Vertreter des Glaubens und des Staates seien. Die gegenwärtige Regierung treffe der Vorwurf, den geschehenen Forderungen des Volkes nicht die erwartete Unterstützung gewährt zu haben. Das habe Wärem hervorgerufen, bei denen viele Mitleidmänner leben und Bestium verloren hätten. Zum Schluß wird Zusammenberufung des Parlaments zu schreiben, das den einzigen Hort der Ordnung und Gesetzmäßigkeit bilde.

\* Marokko. El Menebbi hat das neu geschaffene Amt eines Rates des Sultans für Tanger erhalten. Guebbas, Carnota und der Polizeipalast von Tanger bleiben in ihren Kerkern.

\* Nach einer Meldung aus Colomb Beschär gelten die militärischen Operationen als beendet. Die Truppen werden vom 23. bis 26. abteilungsweise nach Colomb Beschär zurückgeführt.

\* Amerikanisch-chinesischer Schiedsgerichtsvertrag. Der chinesische Gesandte in Washington ist von seiner Regierung angewiesen worden, den vorgeschlagenen Schiedsgerichtsvertrag mit Amerika zu unterzeichnen. Der Vertrag ähnelt denen, die Amerika bereits mit einigen Mächten abgeschlossen hat.

\* Venezuela. Die in Caracas am Dienstag meldet, berichtet ein Privatbrief aus Venezuela, daß die dortige Regierung das Verbot der Einschiffung für die nach Curacao reisenden Passagiere zurückgezogen habe.

### Die Luftschiffahrt.

Der Ballon des Majors von Barbeval stieg, wie schon telegraphisch gemeldet, am Dienstag zu einer ausfallsreichen Probeahrt auf. Die Führung hatte der Hauptmann von Kler, als Assistenten fungierten Ingenieur Kaiser und Wernermeister Wolf. In der Gondel hatte außerdem noch Hauptmann Georgi vom Luftschiffbau-Regiment Ballon genannt. Das Luftschiff nahm Kurs gegen einen Westwind von 8,3 Meter Stärke und schlug denselben Weg ein, den das Militärluftschiff von Freitag auf Sonnabend genommen hatte, längs der Hamburger Bahn nach Etzenhau. Anwesend waren der Inspektor der Verkehrsstruppen und eine große Anzahl von Generalstabsoffizieren. Major v. Barbeval hat einem Mitarbeiter der „W. Z. A. W.“ bezüglich der Dauerfahrt seines Ballons folgende Mitteilungen gemacht: „Ich bin der festen Überzeugung“, sagte der Major, „daß die Dauerfahrt gut verlaufen wird, und wenn sie gut verlaufen ist, glaube ich auf bestimmt, daß der Ballon von der Militärverwaltung übernommen werden wird. Das ist natürlich meine persönliche Ansicht und eine Garantie dafür kann ich nicht übernehmen. Wir haben zunächst nur eine Radfahrt von seiner Fahrt und die taumt aus Potsdam. Dort ist der Luftschiff um 10.10 Uhr gestiegen worden. Es war fast ein freies Wind, Dienstag früh die Dauerfahrt, die mindestens 10 Stunden währen muß, angetreten, da die Luft sehr bedeckt war und der Wind eine Stärke von etwa 8 Metern aufwies. Das Wetter hat sich jedoch bedeutend gebessert. Die Windstärke ist auf 7, zuweilen auf 6 Meter Geschwindigkeit zurückgegangen. Wir fahren nur mit halber



Kraft, denn wir haben aus den Motorbeständen des Grafen ...

Bei Schluss der Relation wird uns noch aus Mainz ...

Wohl nach Abzug des Barfuss-Ballons steigt das ...

Der russische Benkallon, über dessen Probestrich ...

Der 29. Deutsche Juristentag.

(Schluß).

V. (Schluß).

Barlsruhe, 12. September 1908.

Es folgte die Berichterstattung über die Regelung des Tarifvertrages ...

- 1. Das Legalitätsprinzip ...
- 2. Es ist ausdrücklich festzusetzen ...
- 3. Inwieweit der Rechtsgrundsatz ...
- 4. Angehörten oder entbehrlichen ...
- 5. Uebertretungen von ...

Es erhebe mancherlei Zweifel, daß bei einer Formel ...

Die Beschlüsse der Verhandlungen des diesjährigen Juristentages ...

In der Festhalle fanden sich um 5 Uhr die Teilnehmer ...

Eine große Anzahl von auswärtigen Juristen mit ihren ...

Aus Reich und Fern.

Die Cholera in Ostland. Die Städte Petersburg, Kiew, ...

Am 12. März überfiel die Cholera das Dorf ...

Ungeheures Mädel. Durch ein Versehen einer chemischen ...

Ein Ungeheuer im Nauen Hause. Am 12. September 1893 ...

Die interparlamentarische Kongresse. Berlin, 16. Sept.

Der Kaiser und die Juristenschiffahrt. Berlin, 16. Sept.

Der Kaiser und die Juristenschiffahrt. Berlin, 16. Sept. ...

bevor der Festgottesdienst für die Brüder im Besaale ...

Am 13. Sept. fand die Tagung des Reichstages ...

Die Kaiserin in Potsdam. Am 14. Sept. ...

Letzte Telegramme.

Der Kaiser und die Juristenschiffahrt. Berlin, 16. Sept.

Der Kaiser und die Juristenschiffahrt. Berlin, 16. Sept.

Der Kaiser und die Juristenschiffahrt. Berlin, 16. Sept.







